

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Rainer Ludwig

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Gerd Mannes

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian von Brunn

Abg. Uli Henkel

Abg. Albert Duin

Abg. Hep Monatzeder

Abg. Kerstin Schreyer

Staatsminister Hubert Aiwanger

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Bund muss übergangsweisen Weiterbetrieb von betriebsfähigen AKWs unverzüglich ermöglichen (Drs. 18/22774)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Rechtsgrundlage für Weiterbetrieb von betriebsfähigen Kernkraftwerken schaffen - Weichen für die weitere friedliche Nutzung der Kernkraft stellen (Drs. 18/22852)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Atomkraft: Nein danke - kein Zurück zur gefährlichsten und teuersten Art der Stromproduktion! (Drs. 18/22853)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen verschieben derzeit die Akzente in der Energiepolitik in drastischer Form. Die Bedrohung und die Angst vor einem Ausfall russischer Lieferkontingente treibt die sowieso schon

hohen Energiepreise in neue Dimensionen. Deshalb unser Credo: Energie, egal ob Strom, Wärme oder Kraftstoffe, muss für uns alle bezahlbar bleiben, für alle Bürgerinnen und Bürger und für unsere Wirtschaft.

Wir FREIEN WÄHLER haben entsprechende Forderungen in einer eigenen Resolution ausführlich dargestellt. Neben der Preisspirale für großvolumige Primärenergieträger stellt sich aber auch die grundlegende Frage nach zuverlässiger Verfügbarkeit. Eine sichere Energieversorgung ist auch der Dreh- und Angelpunkt unserer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch unseres Wohlstandes. In einem Treffen, das erst heute Morgen mit Spitzenvertretern des bayerischen Chemiedreiecks stattfand, wurde diese prekäre Situation in brisanter Weise dargestellt und verdeutlicht. Europaweite Sanktionen auf Kohle- und Erdölimporte aus Russland sowie die akut reduzierte bzw. bedrohte Lieferung von Erdgas zwingen zu schnellem Handeln in unserer Energiepolitik. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Netzstabilität, das sind kurzfristig die Brennpunktthemen überhaupt. Gerade in Krisenzeiten sind sie wichtiger als jede ideologisch verblendete Debatte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie eines Abgeordneten der FDP)

Priorität hat ebenso, die regionale, dezentrale und bürgernahe Energieversorgung entschlossen und konventionell zu stärken, ausländische Energiequellen zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und deren Importvolumen insbesondere aus Russland eilig und konsequent zu reduzieren und die Resilienz der Wirtschaft zu stärken. Hier stellt sich vermehrt die Frage nach einer übergangsweisen befristeten Weiternutzung von Kohle und insbesondere von betriebsfähigen Kernkraftwerken. Explizit die Debatte über Atomkraft ist neu entbrannt, zumal die Kernenergie nicht nur grundlastfähig, sondern auch CO₂-frei ist.

Meine Damen und Herren, momentan gewinne ich den Eindruck, dass die Menschen mehrheitlich immer weniger Verständnis für den voreiligen Ausstieg aus der Kernenergie haben. Die Abschaltung aller Atommeiler käme zu früh und sei kontraproduktiv.

(Ruth Müller (SPD): So ein Quatsch!)

Ich finde es unverantwortlich – das sage ich deutlich –, sichere und betriebsfähige Anlagen gerade jetzt stillzulegen, in einer Phase ungesicherter Stromversorgung und im Prozess des Energiewandels.

(Ruth Müller (SPD): Was ist denn da betriebsfähig?)

Es wäre absurd, genau das jetzt abzuschalten, was noch ungestört läuft und unsere Versorgung garantiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Deshalb halte ich, meine Damen und Herren, die Kernenergie zumindest temporär – die Betonung liegt auf temporär – für einen notwendigen Bestandteil im Energiemix. Ich darf betonen, in der aktuellen Situation darf es keine Denkverbote geben. Auch Kernkraft sollte derzeit kein Tabu sein. Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb die Staatsregierung auf, im Bund mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass eine zuverlässige, eine ökonomisch und ökologisch vertretbare Energieversorgung für den Wirtschaftsstandort Bayern gewährleistet wird, und dabei die Möglichkeit offenzuhalten, die Laufzeit der noch betriebsfähigen Kernkraftwerke befristet – befristet! – zu verlängern, und zwar so lange, bis erstens die Versorgungssicherheit in Bayern durch erneuerbare Energien abgedeckt,

(Florian von Brunn (SPD): Wahnsinn!)

zweitens durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Stromleitungsnetze gesichert ist und drittens eine verlässliche Diversifizierung von Energieimporten und der Stromproduktion dauerhaft gesichert ist.

Meine Damen und Herren, ein Fachgespräch im Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat deutlich gezeigt, dass eine Laufzeitverlängerung problemlos möglich wäre.

(Florian von Brunn (SPD): Nein! Das Gegenteil ist der Fall! – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

– Jetzt hören Sie genau zu, Herr von Brunn! Genau das hat ein Gutachten gezeigt.

(Florian von Brunn (SPD): Sie sagen die Unwahrheit! Ich habe das Protokoll gelesen!)

Laut zweier Gutachten des Umweltministeriums gäbe es weder rechtlich noch sicherheitspolitisch oder personell irgendwelche Hinderungsgründe. Alles andere ist falsch, was Sie hier sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieses Gutachten, meine Damen und Herren, belegt auch – –

(Florian von Brunn (SPD): Sie mit Ihren windelweichen Gutachten!)

– Jetzt rede ich, Herr von Brunn.

(Florian von Brunn (SPD): Leider!)

Meine Damen und Herren, dieses Gutachten belegt auch – ich gebe Ihnen die Antwort auf den Nachzieher –, dass mit den vorhandenen Kernbrennstäben in den bayerischen Kernkraftwerken die Fortsetzung des Leistungsbetriebs bedenkenlos möglich wäre. Die erforderliche Personalsituation wäre durch eine Verlagerung von anderen AKW-Standorten in Deutschland gegeben. Organisatorisch muss jetzt schnellstmöglich gehandelt werden. Nach eigenen Angaben der Betreiber ist eine schnelle Entscheidung bis Ende Mai 2022 über einen Weiterbetrieb notwendig. Der Bund muss sich eilig positionieren. Der Ball liegt ganz alleine bei Ihnen in Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr von Brunn, für mich ist es enttäuschend und verantwortungslos, dass sich die Ampel bislang diesen Fragen verwehrt.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu den erneuerbaren Energien. Die Debatte um eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke darf nicht von der dringenden Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien ablenken. Ich betone ausdrücklich, dass die von mir genannten Aspekte reine Präventivmaßnahmen und kein grundsätzliches Bekenntnis zur Kernkraft sind. Ich möchte nicht falsch interpretiert werden. Wir wollen weder zurück in das Atomzeitalter

(Florian von Brunn (SPD): Genau das ist das Ziel!)

noch befürworten wir einen Zubau neuer Kernkraftwerke. Wir stehen dazu, dass bereits im Jahr 2011 der Atomausstieg in Deutschland parteiübergreifend und mit einem gesamtgesellschaftlichen Konsens besiegelt wurde. Ich sage aber nochmals und ganz unmissverständlich: Der aufgezeigte Weg der Laufzeitverlängerung von noch betriebsfähigen Kernkraftwerken ist eine rein temporäre Übergangs- und Brückentechnologie.

(Florian von Brunn (SPD): Das glaubt Ihnen kein Mensch!)

Meine Damen und Herren, absolute Priorität hat für uns der forcierte und massive Ausbau erneuerbarer, klimaneutraler und nachhaltiger Energieerzeugungsformen. Sie sind der Schlüssel für die Versorgungssicherheit und den Klimaschutz. Dafür gilt es jetzt, den Turbo zu zünden. Es geht akut darum, die Versorgungssicherheit, die Energiepreis- und die Netzstabilität zu gewährleisten. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es gibt Zwischenbemerkungen. Zuerst hat sich Herr Abgeordneter Mannes von der AfD-Fraktion zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Ludwig, Sie haben unsere energiepolitischen Kernforderungen vorgetragen: Das sind Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Netzstabilität. Seit wir in den Landtag eingezogen sind, haben wir 23 Anträge pro Kernkraft eingebracht. Sie und alle anderen Parteien haben diese Anträge immer hochnäsiger abgelehnt. Wissen Sie, was alle gesagt haben? – Rückständig, unnötig, unmöglich und populistisch. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Den letzten Antrag zur Verlängerung der Laufzeit haben wir am 31. März gestellt. Jetzt, da Ihnen das Problem der Energiepolitik unter dem Arsch brennt, schließen Sie sich unserer Forderung an.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Jetzt frage ich Sie ganz konkret: Was hat sich denn seit dem 31. März geändert, dass Sie sich endlich unserer Forderung anschließen?

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Kollege Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Mannes, wir haben diese Debatte schon des Öfteren geführt. Jeder in diesem Plenum weiß, dass die AfD ein uneingeschränkter Verfechter und Befürworter der Kernenergie ist. Wir haben uns im Jahr 2011 dazu entschlossen, aus der Kernenergie auszusteigen.

(Florian von Brunn (SPD): Das war nur von kurzer Dauer!)

– Nein, temporär stehen wir dazu. Sie sind jedoch Verfechter der Kernenergie. Sie wollen keine erneuerbaren Energien. Das ist der Unterschied zwischen uns. Wir stehen für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In dieser Notsituation wollen wir eine sinnvolle und pragmatische Verlängerung der Kernkraft als Sicherheitspuffer. Dazu stehen wir. Wenn die Krisensituation vorüber ist, wird diese Phase wieder vorbei sein.

(Andreas Winhart (AfD): Zwei Wochen oder drei Wochen?)

Haben Sie mir nicht zugehört? – Wir stehen zum Ausstieg aus der Kernkraft. Wir sind für einen temporären Einsatz der Kernenergie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Andreas Winhart (AfD): Wann ist sie denn vorbei?)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Wir kommen zur nächsten Zwischenbemerkung.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Begreifen Sie es doch endlich!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte Sie, den Dialog hinterher fortzusetzen. Jetzt hat Herr Abgeordneter Stümpfig von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Ludwig, ich habe nur eine kurze Frage. Letzte Woche hat Herr Kohler, Leiter der Atomabteilung im Umweltministerium, im Rahmen des Fachgesprächs in unserem Wirtschaftsausschuss angekündigt, uns in einigen Tagen das Gutachten zuzusenden. Letzten Donnerstag hatten wir Abgeordneten dieses Gutachten noch nicht, aus dem Sie jetzt in Ihrer Rede zitiert haben. Haben Sie dieses Gutachten mittlerweile?

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Natürlich haben wir dieses Gutachten mittlerweile. Ich weiß nicht, warum Sie es nicht haben. Sie müssen den Kollegen und nicht mich fragen.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist echt peinlich!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Ich bitte Sie auch an dieser Stelle, den Dialog außerhalb des Plenarsaals fortzusetzen. Ich rufe den nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion, auf. Bitte schön, Herr Abgeordneter Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Aiwanger, endlich kommt die Staatsregierung zur Vernunft und erfüllt die energiepolitischen Forderungen der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Fraktion – das habe ich vorhin schon gesagt – hat in dieser Legislaturperiode 23 Anträge zum Erhalt der Kernkraft eingebracht.

(Unruhe)

– Hören Sie doch zu! Diese Forderungen sind infolge einer verantwortungslosen Energiepolitik aus technischer Sicht unvermeidbar. Wir brauchen – das wurde ausgeführt – eine Energiesicherheitswende, und zwar sofort. Ohne Kernenergie fehlen uns ab dem Jahr 2023 2,7 Gigawatt grundlastfähige Erzeugungsleistung. Entsprechend meiner Anfrage gibt die Staatsregierung zu, dass Bayern deswegen in Zukunft bis zu 50 % des Stroms importieren muss. Im Winter sind es sogar bis zu 80 %. Trotz dieser erschreckenden Zahlen haben die Kartellparteien bei unseren Anträgen zur Kernkraft bisher nur ein Kasperltheater veranstaltet. Herr Ludwig, ich zitiere Ihre Ausführungen aus dem Jahr 2019:

Die Zeiten von Kernkraftwerken und unsäglichen Atommülltransporten

– ich betone das ausdrücklich –

sind nun wahrlich vorüber. [...] Ich sehe keinen Sinn darin, darüber weiter zu diskutieren.

Heute haben Sie genau das mit diesem Antrag zur Laufzeitverlängerung gefordert. Sie lernen dazu – meinen Respekt.

Herr Heubisch von der FDP – jetzt sehe ich ihn gerade nicht – sagte im Jahr 2019: Wir sind keine Partei, die heute sagt "So machen wir es!" und morgen etwas anderes sagt. – Doch, Herr Heubisch, Ihre Partei ist nur ein Fähnchen im Wind. Jetzt haben Sie sich unserer Forderung zum Weiterbetrieb angeschlossen.

Auch die CSU muss politische Nachhilfestunden in politischer Weitsicht nehmen. Herr König, das kann ich Ihnen nicht ersparen. Herr König, im Jahr 2019 haben Sie zu mir im Hinblick auf den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke gesagt, ich wollte ein totes Pferd reiten. – Das hört sich jetzt anders an. Mit diesem politischen Schlingerkurs der letzten Jahre beschädigen Sie die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Es wäre besser gewesen, es gleich richtig zu machen.

Jetzt komme ich zu der SPD und den GRÜNEN. Sie verweigern sich mit einer wissenschaftsfeindlichen und reaktionären Trotzhaltung wirklich der Realität. Sie beharren weiter auf Ihrer weltfremden Energiepolitik. Wir als AfD haben immer gefordert, die Kernenergie zur Grundlastsicherung zu erhalten.

Herr Ludwig, der Antrag der FREIEN WÄHLER für eine befristete Laufzeitverlängerung geht natürlich in die richtige Richtung. Mit unserem Nachzieher fordern wir aber einen unbefristeten Weiterbetrieb zur Lösung der aktuellen Energiekrise auch im Hinblick auf die Grundlast. Kernenergie ist und bleibt eine der sichersten und umweltfreundlichsten Methoden der Energiegewinnung weltweit. Ein Weiterbetrieb – das wurde schon ausgeführt – ist jedenfalls möglich. Zu diesem Ergebnis sind auch die geladenen Teilnehmer des Expertengesprächs letzte Woche gekommen. Das wurde ganz klar dargelegt. Der Betreiber des Kernkraftwerks Isar 2 hat das ganz klar gesagt. Laut den Sachverständigen können die bayerischen Kernkraftwerke mit den vorhandenen Brennstäben bis zum Jahr 2023 ohne Leistungseinbußen betrieben werden. Danach können sie im Spätsommer 2023 im Streckbetrieb mit einer Kapazität von ungefähr 75 % weiterlaufen. Herr von Brunn, Sie haben keine Ahnung. Sie wissen nichts. Der Zukauf neuer Brennelemente ist möglich, auch außerhalb Russlands und

Kasachstans. Das wurde im Fachgespräch auch ausgeführt. Ihr Antrag ist schlicht falsch.

Der Betrag in Höhe von 27 Euro pro Megawattstunde wäre für die Laufzeitverlängerung eine günstige Bezugsquelle von elektrischer Energie. Die abbeschriebenen Atomkraftwerke produzieren sehr, sehr günstigen Strom. Deshalb muss noch in diesem Monat auf Bundesebene ein rechtskräftiger Beschluss gefasst werden, der den Weiterbetrieb unserer Kernkraftwerke erwirkt. Stimmen Sie also unserem Antrag zu!

Das muss jetzt noch gesagt werden. Wenn Sie sich in Zukunft über einen Antrag der AfD lustig machen, denken Sie an die heutige Debatte! Das war nicht das letzte Mal, dass Sie unsere Forderungen kleinlaut übernehmen, über die Sie vorher noch gelacht haben. Das ist die Wahrheit. Vielen Dank. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Bravo!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Mannes, ich bedanke mich. – Als nächsten Redner rufe ich den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Florian von Brunn, auf. Herr von Brunn, bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Nachdem Putins verbrecherischer Angriffskrieg gegen die Ukraine eine Energiekrise und dramatische Preissteigerungen für Strom und das Heizen ausgelöst hat, wird auch offensichtlich, wie CSU und FREIE WÄHLER beim Ausbau der erneuerbaren Energien und Stromleitungen versagt haben. Um von diesem Versagen abzulenken, hat Markus Söder sich das Manöver "Wir könnten doch zurück zur Atomkraft" ausgedacht. Herr Streibl, die FREIEN WÄHLER, die früher noch scharfe Kritiker der Atomkraft und der falschen CSU-Energiepolitik waren, machen brav, folgsam und willig mit.

Wir von der SPD sagen klar Nein zur Atomkraft. Wir wollen keine Verlängerung der Laufzeiten und keinen Wiedereinstieg in die Atomwirtschaft.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die CSU verharmlost trotz der Reaktorunfälle und Katastrophen von Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima die Gefahren der Atomkraft. Wir kennen das Verharmlosen aber bereits. Vor einigen Tagen war in unserer Fraktion der aufrechte Altlandrat von Schwandorf Hans Schuierer zu Gast, die Symbolfigur des Widerstands gegen den CSU-Wahnsinn von Wackersdorf in der Oberpfalz. Er hat uns erzählt, wie das damals ablief. Franz Josef Strauß wollte der Bevölkerung damals weismachen, eine nukleare Wiederaufbereitungsanlage sei genauso gefährlich wie – Zitat – "eine Fahrradspeichenfabrik". Hans Schuierer hat dann bei einem Termin mit dem geplanten Betreiber nachgefragt, warum eigentlich ein 200 Meter hoher Schornstein geplant ist. Die Antwort, so erinnert er sich, hat gelautet: Damit die nuklearen Schadstoffe möglichst weit verteilt werden können. – Das ist ein gut belegtes Beispiel für die Kommunikation und den Umgang der CSU mit der Hochrisikotechnologie Atomkraft.

Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN machen diesen Vorschlag, obwohl Sie ganz genau wissen oder zumindest wissen könnten, dass er keine Lösung bietet, weil die letzten Atomkraftwerke, die noch laufen, nicht ausreichend sicher sind. Sie sind bereits für die Abschaltung vorbereitet. Die letzte große Sicherheitsüberprüfung ist wegen der geplanten Abschaltung ausgefallen.

Es gibt keine Lösung für die Entsorgung des zusätzlichen Atommülls. Je mehr Sie nach der Atomkraft rufen, desto mehr wird sich die Diskussion um ein Endlager in Bayern drehen. Das können Sie den Menschen in Bayern dann gern erklären.

Wir werden auch nicht unabhängiger von Russland; denn vierzig Prozent des in Europa verwendeten Urans kommen aus Russland oder Kasachstan. Russland ist auch an den Firmen beteiligt, die Brennstäbe herstellen oder die für die Behandlung und Lagerung von Atommüll zuständig sind, wie zum Beispiel an der in Alzenau in Unterfranken ansässigen NUKEM Technologies GmbH. Sie gehört schon seit Jahren dem russischen Kernkraftwerksbauer Atomstroieexport. Atomstrom ist auch keine Lösung für die Energieprobleme und auch kein Ersatz für Gas.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Wer sich mit dem Marktdesign auskennt, weiß: Wenn die Atomkraftwerke weiterlaufen, dann verdrängen sie Kohlekraftwerke, die Strom produzieren. Atomstrom ist inklusive Sicherheitskosten und inklusive der Endlagerung viel teurer als Strom aus erneuerbaren Energien. Die Kilowattstunde Nuklearstrom kostet alles in allem 34 Cent. Bei Windkraft an Land sind wir bei circa 6 Cent. Es würde uns also in jeder Hinsicht teuer zu stehen kommen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die anstehenden Probleme löst die Bundesregierung durch den Bau von Flüssiggas-terminals, durch die Beschleunigung der Energiewende und dadurch, dass wir noch in diesem Jahr von russischem Öl und russischer Kohle unabhängig werden. Sie dagegen bieten nur Scheinlösungen an, anstatt die Energiewende hier in Bayern endlich mit Kraft voranzubringen. Deswegen mein Appell: Heben Sie endlich den Windkraftstopp mit der 10-H-Regel auf! Bringen Sie endlich die Geothermie und die Erdwärmennutzung in Bayern voran! Bisher machen das die Stadtwerke in SPD-regierten Kommunen, aber sicher nicht CSU und die FREIEN WÄHLER.

(Zuruf)

Das wäre ein sinnvoller Beitrag. Bitte keine gefährlichen Retrovorschläge für ein Zurück zur Atomkraft mehr!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Florian von Brunn. – Meldungen zu einer Zwischenbemerkung liegen nicht vor. Damit rufe ich den nächsten Redner auf. Das ist der Abgeordnete Martin Stümpfig für die Fraktion der GRÜNEN.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nutze die Gelegenheit, einen herzlichen Willkommensgruß auszusprechen. Ich begrüße auf der Ehrentribüne ganz herzlich den ehemaligen deutschen Botschafter Herrn Dr. Michael Witter mit einer Gruppe von Diplomatinen und Diplomaten aus Ägypten. Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie uns herzlich willkommen im Bayerischen Landtag hier im Maximilianeum in München. Vielleicht spreche ich es jetzt richtig aus: Ahlan wa-sahlan - herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Stümpfig, bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Energiepolitik von CSU und FREIEN WÄHLERN ist komplett gescheitert. Jetzt hängen sie sich krampfhaft an die Atomkraft. Wir sagen Ihnen ganz klar: Das ist ein Irrweg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu fünf Punkte: Erstens. Eine Laufzeitverlängerung würde keine Erdgaseinsparungen bringen. Genau darum geht es jetzt aber in der Energiekrise; denn wie Sie alle wissen, ist Erdgas momentan sehr teuer. Die Erdgaskraftwerke kommen gar nicht erst in den Strommarkt. Deswegen hilft es überhaupt nicht.

Der zweite Punkt ist die Versorgungssicherheit. Wir haben bei dem Fachgespräch am letzten Donnerstag von der Bundesnetzagentur klar erfahren, dass für die Versorgungssicherheit in Deutschland keine Atomkraftwerke gebraucht werden. Wir brauchen dagegen flexible Spitzenlastkraftwerke. Die Atomkraft ist viel zu träge.

Drittens, das Sicherheitsrisiko. Die Betreiber der verbleibenden drei Atomkraftwerke sagen ganz klar: Wir haben kein Interesse. Sie sagen auch: Im Jahr 2009 war der letzte große Sicherheitscheck. Das ist jetzt 13 Jahre her. Man bräuchte für einen großen Sicherheitscheck eineinhalb Jahre Zeit, um ihn wirklich durchzuführen. Sie sagen: Wir

brauchen in dem Zusammenhang einen Sicherheitsrabatt. Das heißt nichts anderes als das: Wenn wir eine Laufzeitverlängerung haben, dann bedeutet das weniger Sicherheit. Das ist mit den GRÜNEN nicht zu machen!

(Gerd Mannes (AfD): Das stimmt doch gar nicht! – Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens. Es ist kein Betreiber da. Alle drei Betreiber sagen ganz klar: Wir wollen das nicht; wir haben kein Interesse an einem Weiterbetrieb.

(Gerd Mannes (AfD): Das stimmt doch gar nicht! – Ulrich Singer (AfD): Das stimmt doch gar nicht!)

Herr Birnbaum, der Chef von E.on und damit von Isar 2, sagt ganz klar: Das Thema ist durch. Das war seine Aussage. Dann sagen alle drei Atomkraftwerksbetreiber – E.on, EnBW und RWE –: Das müsste dann der Staat übernehmen. Das müsste dann der Staat übernehmen! Das wären die Kosten des Betriebs, für die Wartung, für die Versicherungen usw. Das geht überhaupt nicht, weil sich der Staat nicht selbst einen Weiterbetrieb genehmigen kann. Das ist also totaler Quatsch! Das wird nicht funktionieren. Kein Betreiber und viel zu teuer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens. Bayern steht komplett alleine da. Am letzten Freitag fand die Konferenz der deutschen Umweltminister statt. Alle Umweltminister in Deutschland – alle bis auf ein Bundesland, und zwar Bayern! – sind sich einig: Wir wollen keinen Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke. Bayern steht hier komplett alleine da. Erkennen Sie endlich Ihren Irrweg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Gutachten noch: Kollege Ludwig, es ist schon der Hammer, dass Sie jetzt hier sagen, Sie hätten dieses Gutachten vorliegen. Wir haben am letzten Donnerstag von

Herrn Kohler die klare Aussage bekommen, dass wir diese Gutachten in einigen Tagen zugesandt bekämen, aus denen im Fachgespräch umfassend zitiert wurde.

Das Umweltministerium in Berlin, die zuständige Behörde, hat diese Gutachten nicht. Anscheinend sind die FREIEN WÄHLER die Einzigen, die sie haben. Vielleicht kann die Kollegin Schreyer nach mir noch etwas dazu sagen. Wir haben sie auf jeden Fall nicht. Die SPD hat sie auch nicht. Das kann doch wohl nicht sein, dass Sie hier als Einzige diese Gutachten haben!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich Ihnen noch sagen: Ich war gestern in Nußdorf auf einer größeren Veranstaltung mit bunt gemischtem Publikum. Allen Menschen draußen ist klar: Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Das ist allen klar. Es konnte kein Mensch verstehen, dass Sie weiterhin in dieser alten Welt stecken bleiben und weiterhin an Ihren Ideologien Atomkraft und 10 H festhalten. Erkennen Sie endlich: Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft! Die Menschen draußen haben das schon lange verstanden. Es wird allerhöchste Zeit, dass die FREIEN WÄHLER und die CSU das auch verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Stümpfig, bitte bleiben Sie noch am Redepult. Es ist zumindest eine Zwischenfrage angezeigt worden, und zwar von Herrn Abgeordnetem Uli Henkel von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): Herr Kollege Stümpfig, ich weiß nicht genau, in welcher Expertenanhörung Sie waren. In derjenigen, in der ich war, hat der Vertreter von Preussen Elektra gesagt, er steht in den Startlöchern und wartet nur auf ein Signal der Regierung, schon kann es losgehen mit der Laufzeitverlängerung. Wir waren anscheinend in zwei unterschiedlichen Veranstaltungen, obwohl ich Sie oben auf dem Podium gesehen habe.

Sie wissen doch ganz genau, Herr Stümpfig, dass die Kernkraft von allen grundlastfähigen Stromgewinnungsmethoden am wenigsten CO₂ produziert. Untersuchungen zeigen, dass Deutschland durch eine Laufzeitverlängerung etwa eine Milliarde Tonnen CO₂ einsparen könnte. Gleichzeitig kostet Strom aus Kernkraft nicht, wie es hier gerade gesagt wurde, 42 Cent, sondern circa 2,7 Cent pro Kilowattstunde; sie ist also auch noch die günstigste Erzeugungsmethode. In diesen schweren Zeiten ist das aus meiner Sicht doch ein ziemlich unschlagbares Argument.

Jetzt halte ich fest, Herr Stümpfig: Die GRÜNEN wollen CO₂ einsparen, die AfD möchte eine grundlastfähige und bezahlbare Stromversorgung für unsere Bürger haben, die nicht alle so gut verdienen wie wir Abgeordneten im Bayerischen Landtag. Deshalb frage ich Sie: Wäre denn nicht ein Kompromiss nötig und möglich?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Henkel.

Uli Henkel (AfD): Können wir beide uns nicht einigen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Uli Henkel (AfD): Wir machen eine Laufzeitverlängerung und setzen Kernkraft zum Wohl Ihrer Klimafantasie und zum Wohl unserer Bürger ein, die wirklich jeden Euro umdrehen müssen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit war eigentlich schon zu Ende, aber die Antwort kommt jetzt schon. – Bitte schön, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Da war die richtige Antwort: abschalten. E.on hat beim Atomkraftwerk Isar 2 das Sagen. Der Chef ist Leonhard Birnbaum: Wenn er sagt, dass er kein Interesse an einem Weiterbetrieb hat, ist das so; das ist eine ganz klare Aussage. Sowohl EnBW als auch RWE sagen das Gleiche für ihre Atomkraftwerke in Deutschland.

Da wir jetzt darüber diskutieren, wie teuer Atomkraft ist, muss ich sagen: Atomkraft ist mit Abstand am teuersten. Wir werden noch viele Jahrzehnte dafür zahlen. Das wird uns teuer zu stehen kommen – nicht nur finanziell, sondern auch ökologisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Eine weitere Zwischenfrage kommt vom Kollegen Rainer Ludwig. Das Wort hat der Abgeordnete Rainer Ludwig für die Zwischenfrage, bitte schön.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, anscheinend waren Sie bei der Anhörung in einer falschen Veranstaltung; sonst könnten Sie nicht so viele Unwahrheiten und Falschaussagen in Ihrer Rede machen. Ich möchte Ihnen zwei Fragen stellen, auch mit Blick auf Ihre Verantwortung im Bund: Warum provozieren Sie leichtfertig einen möglichen Energieausfall und verweigern sich fahrlässig, indem Sie sich gegen eine Laufzeitverlängerung stellen? Welche eigenen Vorschläge außer Ihren ideologischen Scheinlösungen und dem Ausbau der Erneuerbaren generell, zu dem wir alle stehen,

(Zuruf)

haben Sie kurzfristig – die Betonung liegt auf "kurzfristig" –, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Engpässe zu kompensieren?

Dann geht es noch um eine Frage in der unmittelbaren Gegenwart. Den Erneuerbaren gehört die Zukunft; da sind wir uns einig, Herr Stümpfig. Warum bemüht sich denn Herr Habeck um Gas aus Arabien? – Weil er auch den nächsten Winter abdecken will, oder?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit!

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Warum tun Sie das? Sie widersprechen sich selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, ich habe gehofft, dass Sie Ihre Intervention nutzen, um die offene Frage im Raum zu klären, weshalb nur Sie die Gutachten haben, aus denen umfassend zitiert wurde, und die anderen sie nicht haben, anstatt hier etwas anderes aufzumachen. Das ist doch eigentlich der Skandal, der hier im Raum steht. Wir waren in der gleichen Veranstaltung, aber man muss doch ganz klar sagen: Die Probleme und die Sicherheitsprobleme, die das Umweltministerium vorgetragen hat, die stechen doch.

Noch einmal zur Versorgungssicherheit: Die Bundesnetzagentur hat gesagt, dass wir die Atomkraftwerke nicht brauchen. Isar 2 hat gerade mal 10 Terawattstunden erzeugt. Es gibt eine ganze Reihe von Kohlekraftwerken, die die Bundesnetzagentur nicht aus dem Stand-by-Betrieb entlässt. Sie stehen im Stand-by, sie sind vorhanden, sie sind aufgebaut.

(Zurufe)

Die 10 Terawattstunden von Isar 2 brauchen wir nicht.

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine Damen und Herren!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Darf ich noch kurz zu Ende reden? Es gab ja die Zwischenschreie.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Selbstverständlich.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wegen der Argumente müssen sie laut werden. Lassen Sie sich von den Fachleuten der Bundesnetzagentur erklären, dass es so ist, und neh-

men Sie das an! Es ist schon traurig, dass wir die Fachleute einladen und Sie so hinausgehen, wie Sie hineingegangen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Es gibt keine weiteren Zwischenfragen. Damit kommen wir zum nächsten Redner; es ist der Abgeordnete Albert Duin von der FDP-Fraktion. Herr Kollege Duin, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Zuruf – Heiterkeit)

Albert Duin (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag kommt spät – und ich hoffe: nicht zu spät –, denn diese Ansicht habe ich schon seit einigen Jahren und habe diese Ansicht auch immer vertreten. Dafür wurde ich – –

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Aber deine Berliner Kollegen hören dich nicht!)

– Das ist mir egal. Ich habe euch immer gesagt, dass ich hier für Bayern gewählt worden bin.

(Beifall bei der FDP)

Den Erneuerbaren gehört die Zukunft; das ist richtig. Die Zukunft ist aber noch nicht da. Es dauert noch ewig, bis es so weit ist; das ist das große Problem.

(Beifall bei der FDP)

Immer noch 12 % der elektrischen Versorgung in Bayern kommen aus dem letzten verbliebenen Kernkraftwerk. Es werden immer die Stromversorgung und Gigawattzahl in Deutschland genannt, aber 12 % der gesamten Stromversorgung Bayerns kommen immer noch aus dem Kernkraftwerk. Das Kernkraftwerk ist einfach eine supersichere Versorgung. Es sind 7.600 Stunden im Jahr, auf die ich mich aber verlassen kann. Ich

kann nämlich steuern, wann ich den Strom haben will, während die 1.700 Stunden bei Wind ein reiner Zufall sind. Darauf kann ich mich nicht verlassen, weil es auch keine Speicher gibt. Das ist so.

Habeck und die GRÜNEN wollen uns einfach eine Mangelwirtschaft verordnen, die immer zu steigenden Preisen führt; es geht nicht anders. Aufgrund der gerissenen Lieferketten in den vergangenen Jahren kommen jetzt auch noch Industrien zurück nach Deutschland, die hier produzieren wollen. Wir brauchen also mehr Energie, um das alles auch noch abdecken zu können.

Wir sind noch lange nicht mit dem Umbau hin zu erneuerbaren Energien fertig; das dauert noch ewig. Dazu habe ich ein kleines Beispiel: Ich habe eine alte Vergussmaschine in meiner Firma und muss eine neue kaufen; das habe ich getan. Die alte läuft, sie wird gepflegt und gehegt, damit ich vergießen kann; bei der neuen gibt es eine verzögerte Lieferzeit von drei Monaten. Wir hegen und pflegen die alte, bis die neue da ist. Erst wenn die neue bewiesen hat, dass sie es kann, schalten wir die alte ab. – Das sollte man auf die Energieversorgung in Deutschland übertragen.

Das ist für uns wichtig: Wir brauchen Energie und nicht Ideologie. Wir brauchen mehr Technologieoffenheit als Windkraft, Photovoltaik und Lastenfahrräder. Wir brauchen sehr viel mehr und müssen einfach alles zusammenkratzen, damit es funktioniert. Deswegen bin ich froh, dass ihr diesen Antrag gebracht habt. Ich finde es falsch, dass wir von vornherein sagen, wir wollen nur Kernkraft, und alles andere vernachlässigen. Wir müssen in die erneuerbaren Energien; das ist völlig richtig. Der Zeitpunkt ist aber noch nicht da.

Du sagst, dass Gas nicht für die Verstromung eingesetzt wird. Das ist schon richtig, aber dafür müssen Kohlekraftwerke laufen. Wahrscheinlich kommt sogar die Braunkohle wieder zum Tragen. Leute, es ist ganz sicher: Der Ansatz ist jetzt richtig. Wie gesagt: Es ist spät, und ich hoffe, es ist nicht zu spät, damit wir das durchsetzen können.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Duin. – Es sind zwei Zwischenbemerkungen angemeldet worden, die erste von Herrn Mannes. Bitte schön, Herr Abgeordneter Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Vielen Dank für die ausgesprochen kompetente Ausführung und dafür, dass sich die FDP unseren Forderungen anschließt. Die meisten haben nicht verstanden – danke für die Ausführungen –, dass uns Kernkraft grundlastsicheren Strom liefert.

(Zuruf: Ja!)

Der Vorsitzende der FDP Christian Lindner sagte, Kernkraft sei keine Option. Herr Heubisch – ich habe das vorhin schon einmal gesagt – hat gesagt: Wir sind keine Partei, die heute sagt, wir machen es so, und die morgen etwas anderes sagt. – Warum hat die FDP am 31. März, als wir den Antrag zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke gestellt haben, nicht zugestimmt? Warum habt ihr das abgelehnt? Was hat sich in den anderthalb Monaten geändert?

Albert Duin (FDP): Lieber Kollege, an meiner Position hat sich gar nichts geändert. Du hast in dem Antrag damals aber zugleich auch von neuen Kernkraftwerken gesprochen. Im Moment reden wir über den Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke; das ist ein großer Unterschied. Auch ich glaube im Gegensatz zu euch an erneuerbare Energien; wir sind nur noch nicht so weit. Wir entwickeln jedes Jahr Tausende von Ideen, die alle super erscheinen, aber Zigtausende davon verschwinden wieder in der Schublade, von denen man nie wieder etwas hört. Woher soll ich denn heute wissen, welches Prinzip das richtige ist? Lasst uns doch wenigstens bis dahin eine sichere Energiequelle haben! Darauf kommt es doch an!

(Uli Henkel (AfD): Guter Mann!)

Der Antrag ist gut. Wir stimmen auf alle Fälle zu.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es kommt noch eine weitere Zwischenbemerkung. Der Herr Abgeordnete Monatzeder von den GRÜNEN macht die nächste Zwischenbemerkung.

Hep Monatzeder (GRÜNE): Sehr geehrter, lieber Kollege Herr Duin, was die Atomenergie betrifft, ist die Zukunft schon da, weil wir nämlich dafür sorgen müssen, und zwar jetzt schon, den Atommüll sicher endzulagern. Wenn wir bei Plutonium über Halbwertszeiten von 250.000 Jahren sprechen, dann sehen wir, dass uns eine gigantische Aufgabe bevorsteht. Dann zu sagen, wir produzieren neuen Atommüll, finde ich ein bisschen vermessen. Das ist die eine Sicherheitsfrage, mal ganz abgesehen von dem Thema Proliferation und der Sicherheit von Kernkraftwerken insgesamt. Wir hatten auch bei den "supersicheren" Atomkraftwerken entsprechende Unfälle; ich sage nur Harrisburg oder Tschernobyl. Wollen Sie diese Sicherheitsbedenken einfach so vom Tisch wischen, weil Sie der Meinung sind: Ich bestehe darauf, dass die Atomenergie eine sichere Energie ist? – Das kann es nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Albert Duin (FDP): Danke für die Fragen. – Erstens glaube ich, dass Atommüll nicht Müll ist, sondern irgendwann ein wertvoller Rohstoff wird, den wir weiterverwenden können, wofür auch immer.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich kann es nicht sagen. Ich bin eben technologieoffen. Das ist das Entscheidende. Interessant ist, dass vorhin vom Kollegen Stümpfig auch noch Fukushima genannt worden ist als Beleg für die Gefahr für Menschenleben, das bei Ihnen aber nicht mehr rauskommt, und zwar ganz einfach deshalb, weil entgegen der Aussagen von Claudia

Roth nicht 25.000 Menschen in Fukushima gestorben sind, sondern nachweislich nur einer.

Also: Lasst doch die Technologieoffenheit! Ich glaube, dass die paar Tonnen, die zu dem Abfall dazukommen, nicht ausschlaggebend sind. Wir werden Lösungen finden, wenn wir wollen und Forschung zulassen!

(Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe)

Aber wenn wir anstatt Kernforschungslehrstühlen, von denen wir in Deutschland, glaube ich, nur 7 haben, lieber 217 Genderlehrstühle haben, dann werden wir nicht weiterkommen.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Zurufe: Bravo!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Duin. – Jetzt hat Frau Kollegin Schreyer, die neue Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, das Wort, bitte.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Florian von Brunn (SPD): Ich würde gerne eine Zwischenfrage stellen!)

– Bitte?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Schon gleich? – Er hat sich gleich gemeldet.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Alexander König (CSU): Keine Zeit verlieren!)

Kerstin Schreyer (CSU): Ich würde jetzt einfach weiterreden. Sie können im Anschluss gerne fragen, wenn Sie fragen wollen. Aber ich habe noch gar keinen Satz gesagt, relativ einfach.

Erst mal ein herzliches Grüß Gott! Schön, dass wir heute über diese Frage diskutieren können. Ich gebe zu: Ich hätte nie gedacht, dass ich mal hier stehe und für die Verlängerung von Atomkraftwerken spreche, weil ich sehr zufrieden war, als wir 2011 entschieden haben, dass wir aussteigen. Die weltpolitische Situation hat sich geändert. Genau deswegen haben wir unser Fachgespräch im Ausschuss durchgeführt, weil uns wichtig war anzuhören: Was braucht es? Welche Sicherheitsfragen gibt es? Woher wollen wir die Energie der Zukunft nehmen?

Dann wurde entgegengehalten, es wäre eine Bundesaufgabe. – Es wäre schön, wenn der Bund diese Aufgabe erledigen würde

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

und uns darlegt, was er alles entsprechend tut. Dann hätten wir uns die Frage im Ausschuss nämlich sparen können. Aber anders geht es halt nicht.

(Alexander König (CSU): Das ist das Problem!)

Wir müssen diskutieren: Was brauchen wir denn? – Wir werden alles brauchen, was irgendwie geht, von Photovoltaik über Wasser, Stromleitungen, Geothermie, wirklich querbeet alles. Wir werden alles brauchen. Es ist immer spannend, wenn man sich in der Diskussion plötzlich an Einzelpunkten in irgendeiner Form besonders aufhängt, wie zum Beispiel bei der Windkraft. Wenn Sie die Energie für den Münchner Flughafen komplett klimaneutral bereitstellen wollen, bräuchte es dafür 4.600 Windräder. – Mir erscheint es also eher nicht realistisch, dass wir uns alleine auf Windkraft verständigen, sondern wir werden dieses eklatante Versorgungsproblem, das wir im Herbst haben werden, nur lösen, wenn wir alles miteinander bedenken. "Alles" heißt natürlich auch: Können wir die Laufzeit der Atomkraftwerke, die da sind, noch entsprechend verlängern? Ehrlich gesagt müssten gerade bei der Ampel in Berlin alle Warnsignale aufleuchten, wenn der Bundesminister Habeck nach Katar fährt, um dort eine Lösung zu finden; denn mit den Menschenrechtsfragen, mit denen man sich bei der Ampel sonst sehr stark rühmt, scheint es da dann offensichtlich sehr relativ zu sein.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Anhaltende Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Geräuschkulisse wird wirklich zu laut. Wir alle waren die Glasscheiben gewohnt. Es ist nachvollziehbar, dass es jetzt ein bisschen lauter ist. Aber jetzt ist es viel zu laut. Also: Ruhiger sein, gut zuhören! Dann hören wir sicherlich Wichtiges. – Bitte schön, Frau Schreyer, machen Sie weiter.

Kerstin Schreyer (CSU): Vielen Dank. – Das Fachgespräch hat sehr deutlich gezeigt, dass Gundremmingen und Isar 2 natürlich weiterhin laufen können, wenn die Entscheidung aus Berlin kommt. Aber die Entscheidung muss bis Ende Mai getroffen sein; denn sonst wird abgeschaltet, weil dann der Prozess einfach so ist. – Insofern hoffe ich sehr dringend darauf, dass wir schnell eine Entscheidung aus Berlin bekommen, dass diese zwei Kraftwerke vorübergehend weiterlaufen können. Sie würden 25 % der bayerischen Stromversorgung sicherstellen können. Es gibt weder rechtlich noch technisch noch personell irgendwelche Gründe dagegen. Wir haben alle Fragen gestellt, und alle konnten sehr zufriedenstellend beantwortet werden.

Hier geht es heute um eine Grundsatzfrage: Wollen wir im Herbst eine gesicherte Energieversorgung, Stromversorgung haben, oder sagen wir: Die Risiken nehmen wir in Kauf? Wir nehmen sie dann in Kauf für die Wirtschaft und für die privaten Menschen.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Insofern ist es wichtig, dass wir überlegen: Ist die Ideologie des Abschaltens wichtiger, oder ist es wichtiger, die Brücke zu nutzen, um die Versorgung entsprechend sicherzustellen? Für die Unternehmen heißt das nämlich bei einer unsicheren Variante, dass die Ausfälle haben und sich überlegen, ob sie dann den Standort hier in Bayern oder in Deutschland halten. Für den privaten Menschen finde ich es, ehrlich gesagt, ganz besonders spannend, wenn der Bundesminister Habeck sagt, man solle den Gürtel enger schnallen.

(Beifall des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

"Enger schnallen" ist immer dann nett, wenn man es selber kann. Aber es gibt genügend Menschen, die das nicht können. Genau deswegen wird dann, wenn wir hier abschalten, die Situation für die Wirtschaft und für die privaten Menschen schwierig. Insofern hoffe ich sehr darauf, dass wir zu einer Klarheit kommen, dass es sinnvoll ist, vorübergehend wirklich weiterbetreiben zu können.

(Alexander König (CSU): Sehr viele Arbeitsplätze sind gefährdet!)

Man muss aber auch sehen: Selbst dort, wo die Ampel handeln könnte, blockiert sie, sogar bei den erneuerbaren Energien. Ich möchte als Beispiel das Osterpaket nennen, wonach bei der EEG-Förderung die kleinen Wasserkraftwerke wegfallen sollen. Ehrlich gesagt: Das ist null nachvollziehbar. Wenn man mit den Wasserkraftbetreibern spricht, sind die wirklich entsetzt, weil aus der Wasserkraft allein in Bayern 30 % der erneuerbaren Bruttostromerzeugung kommen können. Das heißt, wir haben die Wasserkraft; sie kann funktionieren, das wird aber offensichtlich von der Ampel blockiert.

Die Ampel hat auf vielen politischen Feldern bewiesen, dass sie erst mal aussitzt. Ich kann nur bitten: Hier kann man nicht aussitzen, wenn man die Wirtschaft und den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie hier wirklich mit-helfen. Sie haben heute die Möglichkeit, unserem Antrag zuzustimmen. Dann hoffe ich sehr darauf, dass die Ampel in Berlin endlich zur Vernunft kommt. Hier geht es nicht um Ideologie, sondern um wirtschaftliche Kompetenz und die Zukunft der Wirtschaft, aber auch um die Zukunft der Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Halt! Es gibt Zwischenbemerkungen, die erste von Herrn von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Frau Kollegin Schreyer, ich habe nur eine Frage: Der Herr Ludwig hat ein oder zwei Gutachten des Umweltministeriums angesprochen, die wir

nicht vorliegen haben. Vielleicht können Sie uns sagen, was dort drinsteht. Ganz ehrlich gesagt: Wir können ohne Kenntnis des Inhalts nicht beurteilen, ob das valide ist oder ob das ein Gutachten ist, das nur die Regierungsseite erfreuen soll.

Kerstin Schreyer (CSU): Danke für die Frage, Herr von Brunn. Sobald ich das Gutachten habe, werde ich es gerne weiterleiten. Das haben wir in dem Fachgespräch besprochen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Sie haben es nicht, er hat es schon! Das ist irre!)

– Darf ich vielleicht fertigmachen? Sie dürfen ja alles reinschreiben; aber lassen Sie mich erst eine Antwort geben. – Ich habe in dem Ausschuss sehr klar gesagt: Sobald das Gutachten bei mir ist, werden wir das entsprechend weiterleiten. Sobald es da ist, werden wir es weiterleiten. Ich habe es nicht.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Was soll das für ein Gutachten sein? – Florian von Brunn (SPD): Es ist schon im Büro!)

– Bitte? Wo ist es im Büro?

(Florian von Brunn (SPD): Aussage des Landtagsamts!)

– Ich habe es echt nicht.

(Ruth Müller (SPD): Wer hat es?)

Ich habe kein Gutachten.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist ein Skandal, wenn er das hat und wir keine Ahnung haben!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Rednerin hat es nicht. – Bitte weitermachen, Frau Schreyer.

Kerstin Schreyer (CSU): Ich habe im Ausschuss sehr klar formuliert: Sobald uns das Gutachten zugeleitet wird, werden wir das an alle Fraktionen weiterleiten. So sehe ich die Aufgabe an der Stelle. Ich gebe es dann gerne weiter.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Woher hat er es dann?)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es ist keine Zwischenfrage gestellt.

(Alexander König (CSU): Das Gutachten wird das Problem eh nicht lösen!)

Kerstin Schreyer (CSU): Allerdings muss man auch dazu sagen: Herr Kohler vom Umweltministerium hat, finde ich, sehr klare Aussagen gemacht. Ich gehe davon aus, dass in dem Gutachten nichts anderes steht.

(Ruth Müller (SPD): Wer hat denn jetzt das Gutachten?)

Sonst würde er sich ja widersprechen. Da waren die Aussagen ja sehr eindeutig.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung; diese kommt vom Kollegen Stümpfig. Herr Stümpfig, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin Schreyer, weder ich als stellvertretender Vorsitzender noch Sie als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses haben das Gutachten. Da würde ich einfach darum bitten, dass der Kollege Ludwig hier erklärt, woher er dieses Gutachten hat. Das kann doch wohl nicht sein, dass wir uns hier im Kreis drehen.

(Alexander König (CSU): Das ist wirklich ein Randthema! Das ist ein Ablenkungsmanöver!)

Letzte Woche war es so – –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es handelt sich um eine Frage an die Abgeordnete Schreyer. – Bitte schön.

Kerstin Schreyer (CSU): Also, Herr Stümpfig, das ist relativ einfach.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich habe noch eine ganz kurze Ergänzung.

Kerstin Schreyer (CSU): Sie können ja nur mich fragen, und vielleicht antworte ich Ihnen am besten.

(Unruhe – Lebhafter Widerspruch)

Ich würde Ihnen gerne antworten, wenn Sie mir eine Chance geben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hören Sie doch zu! – Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Halten Sie mal die Klappe und hören zu!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Schreyer, Sie haben das Wort.

Kerstin Schreyer (CSU): Fragen Sie den Kollegen Ludwig, woher er das Gutachten hat. Vielleicht reden Sie von verschiedenen Gutachten. Das muss man miteinander besprechen. Sobald das Gutachten im Ausschussbüro des Landtags ist, bekommen es selbstverständlich alle Fraktionen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Einen Unterschied für die heutige Debatte macht es vermutlich nicht. Das Gutachten wird das widerspiegeln, was der Vertreter des Ministeriums formuliert hat. Er hat klar gesagt, dass es sicher ist und man verlängern kann. Ich vermute, wenn er ein Gutachten hat, wird er nichts anderes sagen als das, was in dem Gutachten steht.

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Geht nicht mehr.

Kerstin Schreyer (CSU): Wenn wir das Gutachten bekommen, werden wir es intensiv nachlesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. Damit sind Sie am Ende Ihres Redebeitrags. – Ich weise erneut darauf hin, dass es nicht möglich ist, während der Antwort auf eine zuvor gestellte Zwischenfrage eine zusätzliche Zwischenfrage zu stellen. Das ist nach der Geschäftsordnung nicht möglich.

(Unruhe)

Einige Fragen sind während der Antwort auf die Zwischenbemerkung angemeldet worden. Diese kamen zu spät. – Jetzt sind wir schon wieder einen Schritt weiter. Das Wort hat der Staatsminister Aiwanger. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie sind am Rednerpult

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute die Frage, ob wir die Laufzeit der Kernkraftwerke über Silvester 2022 hinaus verlängern sollten, ob das verantwortbar ist

(Gisela Sengl (GRÜNE): Nein, ist es nicht!)

und was es bedeuten würde, wenn die Laufzeit nicht verlängert würde. SPD und GRÜNE haben aus politischen Gründen bereits im Vorfeld die Antwort gegeben: Nein, wollen wir nicht; lieber riskieren wir, dass Industriebetriebe stillgelegt werden müssen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das ist eine Lüge! Das haben wir nie gesagt!)

Sie wollen, dass an Silvester Schluss mit der Kernenergie ist.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Florian von Brunn (SPD): Das ist eine böswillige Unterstellung!)

Ich erkläre es Ihnen. Das ist genauso, wie wenn Sie den Kopf auf den Tisch schlagen, dann tut er Ihnen nachher weh.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist eine böswillige Unterstellung!)

– Herr von Brunn, zeigen Sie mich an. Darin sind Sie ja geübt.

(Uli Henkel (AfD): Genau!)

Wie sieht die aktuelle Lage aus? – In Deutschland sind die Gasspeicher zu 40 % gefüllt. Der Bund hat jetzt ein Gesetz erlassen, um zum November die Füllung der Gasspeicher auf 90 % zu garantieren, vorausgesetzt, wir bekommen genügend Gas. Wir tun derzeit alles, um im November 90 % Gas in den Speichern zu haben. Wenn heute – –

(Florian von Brunn (SPD): Der Bund tut etwas, die Bundesregierung!)

– Auch wir tun etwas dazu, indem wir Anträge stellen, die Ihre Partei im Bund abarbeiten sollte.

(Lachen bei der SPD)

Vieles hängt am seidenen Faden, hängt davon ab, was in den nächsten Monaten passieren wird. Die GRÜNEN haben vorhin fälschlicherweise ausgeführt, dass derzeit kein Gas verwendet würde, um Strom zu erzeugen. Das Kraftwerk Irsching ist mit 850 MW am Netz. Das ist ein Drittel einer Kernkraftwerksleistung. Das Kraftwerk Irsching wird derzeit mit Gas gefüttert, um Strom zu erzeugen und die Stromversorgung sicherzustellen.

(Unruhe)

Wir könnten ja, wie Sie argumentieren, Gas durch Kohle ersetzen, wenn wir wollten. Warum tun wir es nicht? – Weil wir erst im Energiewirtschaftsgesetz sind, bei dem jeder noch Gas verballern darf, und noch nicht im Energiesicherungsgesetz, bei dem der Bund dann die Zuteilung übernimmt. Der Bund hat aber über die Bundesnetzagentur bereits Kriterien entwickelt, wie man sich eine Abschaltreihenfolge von Industriebe-

trieben usw. nähern würde, wenn das Gas knapp werden würde. Derzeit sind die Gasspeicher nicht einmal halb voll, und wir leisten uns trotzdem den Luxus, Irsching am Netz zu halten und Gas verbrauchen zu lassen, um Strom zu erzeugen. Sie behaupten aber, wir würden den nächsten Winter leicht mit Kohle überbrücken. Warum tun wir das nicht schon jetzt, um den Gasverbrauch zu schonen und die Speicher zu füllen? Derzeit sind noch die Atomkraftwerke am Netz, die ab Silvester nicht mehr am Netz sein werden. Vielleicht bekommen wir einen strengen Winter mit Kältephasen bis in den März oder April 2023 hinein. Vielleicht sind die Gasspeicher dann auch nur zu 70 % gefüllt. Ich wünsche mir, dass wir die 90 % hinbekommen. Aber das wissen wir heute noch nicht. Wir müssen also derzeit alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den nächsten Winter gut zu überstehen.

Deshalb fährt Herr Habeck, was ich unterstütze, in der ganzen Welt herum und sucht nach fossilen Energieträgern, die er vielleicht, aber nicht sicher bekommt. Wir müssen doch zumindest sicherstellen, dass die Kernkraftwerke, die wir heute haben, am Netz bleiben könnten, wenn es erforderlich wäre.

Dafür müssen wir heute die politische Entscheidung in Berlin fällen. Das Personal muss bleiben. Die Brennstäbe müssen über Silvester hinaus weiter genutzt werden dürfen. Diese dürften jetzt gar nicht weiter genutzt werden. Die sagen aber, sie wollen und würden es auch tun.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Der Ausstieg ist schon entschieden!)

– Was ist schon entschieden? – Der Ausstieg ist schon entschieden. Es war auch der Kohleausstieg schon beschlossen und ist rückgängig gemacht worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Noch mal für Sie zum Mitdenken, sofern Sie keine Denkblockade haben und sich dem Denken nicht verweigern.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

– Hören Sie jetzt zu! Sie merken, dass es für Sie brenzlich wird, und daher wollen Sie stören.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Noch einmal: Die Gasspeicher sind halb voll.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Habeck fährt nach Arabien und will Gas. Die Bundesnetzagentur arbeitet an Abschaltscenarien, falls das Gas ausgeht. Trotzdem leisten wir uns den Luxus und verbrauchen derzeit Gas.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Was hat das mit Gas zu tun?)

– Warten Sie, wenn Sie das noch nicht kapiert haben. Jetzt geht es weiter.

Ab 1. Januar 2023 haben wir nach Ihrer Politik dann das Atomkraftwerk nicht mehr am Netz. Wir brauchen dafür aber mit hoher Wahrscheinlichkeit Irsching am Netz und werden dann Gas verbrauchen, welches Wacker Chemie und der Glasindustrie in Oberfranken fehlen wird.

(Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Warum diskutiert denn die Bundesnetzagentur jetzt Abschaltscenarien, wenn sie sich sicher wäre?

(Unruhe – Widerspruch)

Warum kommt nicht endlich von der Bundesnetzagentur das Ergebnis des Stress-tests, welches ich bereits im März gefordert habe? Dieses wurde für Mai versprochen.

(Alexander König (CSU): Welches Jahr?)

Jetzt ist es auf Juni verschoben worden, weil noch daran gearbeitet werden muss. Wenn sich die Bundesnetzagentur so sicher wäre, dass Atomkraft nicht mehr benötigt

wird, dann hätten sie mir schon im März schreiben können, dass alles in trockenen Tüchern und erledigt ist. Warum diskutieren wir Abschalt Szenarien, falls das Gas ausgehen sollte? Gas wird unter Umständen ausgehen, wenn wir Irsching am Netz halten müssen, damit es keinen Blackout gibt. Die Firma Heinz-Glas in Oberfranken und Wacker Chemie werden dann gebeten werden, ihren Gasverbrauch zu reduzieren, weil Irsching gefüttert werden muss, sonst bricht das Stromnetz zusammen. Genau darum geht es. Das riskieren Sie. Ob es dazu kommt, wissen wir nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich hoffe nicht, dass es dazu kommen wird. Aber Sie riskieren aus ideologischen Gründen, weil man über die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke überhaupt nicht sprechen darf, dass wir ab 1. Januar 2023 Industriebetriebe und andere Betriebe vom Netz nehmen müssen. Sie riskieren, dass Betriebe durch das Marktgeschehen automatisch vom Netz gehen, weil die Gaspreise, wenn die Gasspeicher zum 1. November nicht voll sind, dann so weit gestiegen sein werden, dass sich beispielsweise der Glashersteller in Oberfranken das Gas nicht mehr leisten können und vom chinesischen Wettbewerber geschluckt werden wird. Er produziert dann nicht mehr, dann braucht er kein Gas mehr. Das ist dann aus Ihrer Sicht wohl auch erledigt.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das ist deine Schuld! Das ist deine Verantwortung, wenn das passiert!)

Über den redet man dann nicht mehr, den gibt es dann nicht mehr. Unsere Politik zielt darauf ab, zu gewährleisten, dass wir das Sicherheitsnetz Atomkraft am Laufen halten können. Ob wir das tun werden, wird die Lage zeigen. Das hängt davon ab, ob am 1. November 2022 die Speicher wirklich zu 90 % voll sein werden. Das hängt davon ab, ob sich der Ukraine-Krieg beruhigt hat, ob Habeck Gas von Katar bekommen hat. Vielleicht sagen wir dann zwischen Weihnachten und Silvester, dass wir die Atomkraftwerke nicht mehr am Netz halten müssen, weil wir sie nicht brauchen. Aber das wissen wir heute nicht. Wenn wir jetzt die Zeitfenster Stück für Stück zufallen lassen, weil

Sie sich verweigern, und wir erst im Oktober feststellen, dass die Speicher doch nicht voll werden, dann ist es vielleicht zu spät. Dann werden die Industriebetriebe einen Brief bekommen, in dem drinsteht: Du musst reduzieren oder der Gaspreis geht durch die Decke. Vielleicht reduzieren die dann von sich aus, weil sie bankrott sind. Das ist doch die Situation, vor der wir stehen. Demgegenüber ist dieses zusätzliche Sicherheitsrisiko, ob die Kernkraft jetzt über Januar 2023 hinaus am Netz ist oder nicht, überschaubar und gleich null; denn an Silvester haben wir den Brennstab noch im Atomkraftwerk. Wenn wir in puncto Atomkraft über Sicherheitsrisiken reden, die Sie reduzieren wollen, dann kümmern Sie sich vielleicht um die Zwischen- und Endlagerung.

(Florian von Brunn (SPD): Das machen wir dann bei dir im Garten!)

Dann nutzen Sie vielleicht ein bestehendes und bereits fertiges Endlager, um dort zwischenzeitlich den Atommüll einzulagern, der in relativ wenig geschützten oberirdischen Hallen herumsteht. Damit können wir Risiken reduzieren, wenn Sie dort tatsächlich Risiken sehen.

Ob aber Isar 2 jetzt an Silvester 2022 oder im April/Mai 2023 vom Netz geht, würde bei irgendeinem Angriff – Gott bewahre! – keinen Unterschied machen. Sie riskieren aber heute sehenden Auges die Versorgung von Industriebetrieben und selbst der Verbraucher, weil wir Gaskraftwerke brauchen, um Strom zu erzeugen. Das könnte im Frühjahr 2023 noch ein Atomkraftwerk abdecken, wenn wir heute dafür die Weichen stellen. Wenn wir jetzt ein paar Monate nichts tun, dann geht es nicht mehr, und dann riskieren Sie Arbeitsplätze in Bayern. Sie nehmen das aber billigend in Kauf und sagen, es wird schon gut gehen. Ich hoffe darauf, dass es gut gehen wird, aber wir hätten die Chance, diese Hoffnung mit etwas mehr Fleisch zu unterfüttern, indem wir heute ernsthaft überprüfen, was ab Januar 2023 los ist.

Noch einmal: Die Bundesnetzagentur hat dem Freistaat Bayern im Jahr 2019 mitgeteilt, dass der Atomausstieg nur dann funktioniert, wenn wir Gas als Brückentechnolo-

gie haben. Diese Brückentechnologie Gas ist eben nicht mehr gewährleistet; Sie hätten sich also entweder damals verrechnet, oder Sie sagen heute – vielleicht aus politischen Gründen – die Unwahrheit, wenn Sie sagen, es ginge ohne Gas und ohne Atomkraft. – Ja, wenn wir die Wirtschaft abschalten, die Heizung zurückdrehen, frieren und hungern, dann vielleicht schon. Aber das wollen wir nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste macht der Abgeordnete Duin. Bitte schön.

Albert Duin (FDP): Lieber Herr Staatsminister, lieber Hubert! Hast du auch schon die Information bekommen, dass es in den letzten Wochen oben in Norddeutschland, wo es massenhaft Windstrom gibt und man auf SuedOstLink und SuedLink nicht angewiesen ist, zu Abschaltungen in Industrieanlagen kam? Hast du schon die gleiche Information? Nur weil man im Norden viel Wind hat, ist nicht eitel Sonnenschein. Wenn der Wind zur falschen Zeit bläst, hat man ein Riesenproblem. Ich weiß es ziemlich genau, weil ich gute Beziehungen nach Norden habe. Dort gibt es teilweise unangekündigte Abschaltungen. Das darf doch wohl wirklich nicht wahr sein!

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich habe keine Informationen dazu, wo und welche Wirtschaftsbereiche im Norden abgeschaltet würden. Aber genau das wollen wir ja im Süden vermeiden.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Dann müssen Sie mehr Stromtrassen bauen!)

Deshalb gibt es von uns den Vorstoß, diese Dinge temporär offenzuhalten, sie aber nicht bis in alle Ewigkeit zu verlängern; jeder ist froh, wenn wir die Atomkraft nicht mehr brauchen. Wir dürfen aber auch nicht zu früh aus dem Fenster springen, ohne dass das Netz aufgespannt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung macht der Herr Abgeordnete von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Hubert Aiwanger, dieser Vortrag war jetzt ziemlich unterkomplex, um es einmal so zu sagen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): O Mann, ist das billig!)

Das erste Thema: Du weißt genau, dass wir den ganzen Atomausstieg rechtlich wieder aufdröseln müssten, damit wir die Atomkraftwerke weiterbetreiben könnten.

(Alexander König (CSU): Mir wäre das schon peinlich, wenn ich mit dem per Du wäre!)

Das ist ganz klar.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Was sollen wir aufdröseln müssen?

Florian von Brunn (SPD): – Wir müssen die Rechtsgrundlagen wieder ändern, damit wir die Atomkraftwerke weiterbetreiben können. Das ist das erste Problem.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das habt ihr doch schon alles geändert!

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Florian von Brunn (SPD): Das zweite Problem: Damit ist der Atomausstieg erst einmal ausgesetzt und aufgehoben; das ist die Rechtsfolge davon. Die deutschen Atomkraftwerke, die noch am Netz sind, produzieren 5 % Strom. Sie produzieren keine Wärme,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was macht man aus Strom?)

weder für die Industrie noch für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das machen Gaskraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung.

(Gerd Mannes (AfD): Wir reden über Bayern!)

Sie verdrängen auf dem Strommarkt – Stichwort: Merit-Order – Kohlekraftwerke, die Strom produzieren, die wir in Betrieb nehmen können und die keine Sicherheitsrisiken haben.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Was ist mit dem Klimawandel?)

Ich finde es schon vermessen, heute hier zu sagen, es gebe kein Sicherheitsproblem, wenn diese Kraftwerke seit 13 Jahren nicht mehr grundlegend auf ihre Sicherheit überprüft wurden.

(Gerd Mannes (AfD): So ein Schmarrn!)

Zu sagen, wir sollen das Problem der Endlagerung lösen, während sich die FREIEN WÄHLER als Erste hingestellt und gesagt haben, sie wollen kein Endlager in Bayern, geht nicht. Dann nimm du doch bitte die Brennstäbe in deinen eigenen Garten,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): O Mann, o Mann, o Mann!)

dann können wir gerne darüber reden.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr von Brunn, diese Frage zeigt: Sie haben den Schuss noch nicht gehört.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Oder vielleicht wissen Sie gar nicht, was ein Schuss ist, und können ihn gar nicht hören.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Nein, jetzt passen Sie auf! Sie sagen, dazu müsste das Gesetz geändert werden. Dazu seid ihr ja in der Regierung da!

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer (CSU) und Florian von Brunn (SPD))

Sie ändern derzeit auch das Gesetz, um die Laufzeit von Kohlekraftwerken zu verlängern. Da müssten ein paar Zeilen geändert werden, damit die Atomkraftwerke eben nicht an Silvester – –

(Florian von Brunn (SPD): Bei der 10-H-Regelung auch?)

– Ja, über die 10-H-Regelung können wir gleich noch reden. – Sie sagen schlichtweg, dass ein Gesetz geändert werden müsste und Sie es deswegen nicht tun. Ich sage: Dann sind Sie völlig fehl am Platz!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dafür hockt ihr jetzt in Berlin, und Habeck ändert derzeit viele Gesetze,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

um die Dinge zu verbessern.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Der Einzige, der falsch am Platz ist, sind Sie!)

Dann haben Sie den Gedanken, Atomkraft würde Kohlekraft verdrängen.

(Florian von Brunn (SPD): Dann bist du aber fehl am Platz, wenn du das nicht begreifst!)

Dann sind wir spätestens beim Energiewirtschaftsgesetz an der Stelle, an der Sie überlegen müssen, mit den verschiedenen Energieträgern zu balancieren, dann eben nicht mit dem zusätzlichen Atomstrom Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen und Gaskraftwerke am Netz zu lassen. Wenn das Ziel ist, Gas zu sparen, müssen wir natürlich Kohle- und Atomkraftwerke am Netz lassen, um Gas zu sparen, das wir für die Glasindustrie und für Wacker Chemie brauchen.

(Florian von Brunn (SPD): Dann hättet ihr mal früher für mehr Windkraft in Bayern gesorgt!)

Darum geht es doch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn Sie das nicht kapiert haben, dann zeigt das, dass sich hier die Debatte im Kreis dreht. Sie wollen uns Verrecken nicht mehr an der Atomlaufzeit rütteln

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

und nehmen billigend in Kauf, dass wir im nächsten Winter für die Stromerzeugung Gas brauchen, obwohl wir diesen Gasstrom durch Atomstrom ersetzen könnten.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür sorgen wir!)

Das ist der Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt geschlossen, und ich komme zu den Abstimmungen. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/22774 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die FDP sowie die fraktionslo-

sen Abgeordneten Klingen, Plenk und Swoboda. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD sowie ein Mitglied der CSU-Fraktion. Enthaltungen! – Die AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/22852 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Klingen. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgestimmt und abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/22853 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk und Swoboda. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.